Friedhofsordnung (FO)

für den Friedhof der Ev.-luth. St. Martini-Kirchengemeinde in Jork-Estebrügge.

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. St. Martini-Kirchengemeinde in Jork-Estebrügge am 18. Oktober 2026 folgende Friedhofsordnung beschlossen:

[1]Der Friedhof ist die Stätte, an der die Verstorbenen zur letzten Ruhe gebettet werden. [2]Er ist mit seinen Gräbern ein sichtbares Zeichen der Vergänglichkeit des Menschen. [3]Er ist zugleich ein Ort, an dem die Kirche die Botschaft verkündet, dass Christus dem Tode die Macht genommen hat und denen, die an ihn glauben, das ewige Leben geben wird. [4]Aus dieser Erkenntnis und in dieser Gewissheit erhalten Arbeit und Gestaltung auf dem Friedhof Richtung und Weisung.

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck

§ 2 Friedhofsverwaltung

§ 3 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

§ 6 Dienstleistungen

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7 Anmeldung einer Bestattung

§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

§ 9 Ruhezeiten

§ 10 Umbettungen und Ausgrabungen

IV. Grabstätten

§ 11 Allgemeines

§ 12 Traditionelle Wahlgrabstätte

§ 13 Wahlgrabstelle in der Gemeinschaftsgrabanlage

§ 14 Reihengrabstelle in der Gemeinschaftsgrabanlage

§ 15 Urne in der Gemeinschaftswahlgrabanlage

§ 16 Kleine Familienwahlgrabstätte für vier Urnen

§ 17 Sarg unter Rasen im Gemeinschaftsreihengrabanlage

§ 18 Urne unter Rasen im Gemeinschaftsreihengrabanlage

§ 19 Urne im Kolumbarium (Wahlgrab)

§ 20 Rückgabe von Wahlgrabstätten

§ 21 Bestattungsverzeichnis

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

§ 22 Gestaltungsgrundsatz

§ 23 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

VI. Anlage und Pflege von Grabstätten

§ 24 Allgemeines

§ 25 Grabpflege, Grabschmuck

§ 26 Vernachlässigung

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 27 Errichtung und Änderung von Grabmalen

§ 28 Mausoleen und gemauerte Grüfte

§ 29 Entfernung

§ 30 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

§ 31 Leichenhalle

§ 32 Benutzung der Friedhofskapelle

IX. Haftung und Gebühren

§ 33 Haftung

§ 34 Gebühren

X. Schlussvorschriften

§ 35 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1
Geltungsbereich und Friedhofszweck

(1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Ev.-luth. St. Martini-Kirchengemeinde Estebrügge in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst zurzeit die Flurstücke 122/27 und 29/3 Flur 2 Gemarkung Estebrügge in Größe von insgesamt 1,85 ha. Eigentümer der Flurstücke ist die Ev.-luth. St. Martini Kirchengemeinde Estebrügge.

(2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz in der Ev.-luth. St. Martini Kirchengemeinde Estebrügge mit den Ortsteilen Estebrügge, Königreich, Hove und Moorende der Gemeinde Jork, dem Ortsteil Cranz der freien Hansestadt Hamburg und dem Ortsteil Rübke der Gemeinde Neu Wulmstorf hatten, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung Fehlgeborenen und Ungeborenen i.S.d. Niedersächsischen Bestattungsgesetzes.

(3) Andere Bestattungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 2
Friedhofsverwaltung

(1) Der Friedhof ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet (Friedhofsverwaltung).

(2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung sowie den sonstigen kirchlichen und staatlichen Vorschriften.

(3) Mit der Wahrnehmung der Friedhofsverwaltung kann der Kirchenvorstand einzelne Personen, einen Ausschuss oder eine kirchliche Verwaltungsstelle beauftragen.

(4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung, Verleihung, Verlängerung oder Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anlagen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

§ 3
Schließung und Entwidmung

(1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.

(2) $_1$Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. $_2$Eine Verlängerung von noch bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zu Anpassung an die Ruhezeiten erfolgen. $_3$Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. $_4$Grabstellen, an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. $_5$Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. $_6$Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.

(3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.

(4) $_1$Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. $_2$Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4
Öffnungszeiten

(1) Der Friedhof ist während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.

(2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.

§ 5
Verhalten auf dem Friedhof

(1) [1]Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, zu unterlassen. [2]Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. [3]Die Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofs untersagen.

(2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:

a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Inlinern, Skateboards aller Art – ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen, sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer – zu befahren,

b) Waren aller Art zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten,

c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,

d) Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen und zu verwerten,

e) Druckschriften und andere Medien (z.B. CD, DVD) zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,

f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern oder mitgebrachten Unrat zu entsorgen,

g) fremde Grabstätten und die Friedhofsanlagen außerhalb der Wege zu betreten, zu beschädigen oder zu verunreinigen,

h) Hunde unangeleint mitzubringen.

(3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen anderer nicht beeinträchtigt werden.

(4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 6
Dienstleistungen

(1) Dienstleistungserbringende (Bildhauer, Steinmetzbetriebe, Gärtnereien, Bestattungsunternehmen usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.

(2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringende, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.

(3) [1]Dienstleistungserbringenden kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringende nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. [2]Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.

(4) [1]Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. [2]Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung

Anderer ausgeschlossen ist. [3]Die Dienstleistungserbringenden dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringenden dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.

(5) Dienstleistungserbringende haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7
Anmeldung einer Bestattung

(1) [1]Eine Bestattung ist unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. [2]Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.

(2) Die Friedhofsverwaltung kann die Person, die die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.

(3) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.

(4) [1]Die Friedhofsverwaltung setzt im Benehmen mit der antragstellenden Person Ort und Zeit der Bestattung fest. [2]Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

§ 8
Beschaffenheit von Särgen und Urnen

(1) [1]Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeitshemmenden Särgen zulässig. [2]Von der Sargpflicht nach Satz 1 kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.

(2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.

(3) [1]Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. [2]Für größere Särge ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

(4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidungen gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.

(5) Für die Bestattung in zugänglichen, ausgemauerten Grüften sind nur Metallsärge oder Holzsärge mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.

(6) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

§ 9
Ruhezeiten

(1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre.

(2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 30 Jahre.

§ 10
Umbettungen und Ausgrabungen

(1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.

(2) Leichen und Aschenreste in Urnen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit nur mit Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden.

(3) Die berechtigte Person hat sich gegenüber der Friedhofsverwaltung schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.

(4) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

(5) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes nicht entgegenstehen.

IV. Grabstätten

§ 11
Allgemeines

(1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:

a) Traditionelle Wahlgrabstätte	(§ 12),
b) Wahlgrabstelle in einer Gemeinschaftsgrabanlage	(§ 13),
c) Reihengrabstelle in einer Gemeinschaftsgrabanlage	(§ 14),
d) Urne in einer Gemeinschaftswahlgrabanlage	(§ 15),
d) Kleine Familiengrabstätte für vier Urnen	(§ 16),
e) Sarg unter Rasen in einer Gemeinschaftsreihengrabanlage	(§ 17),
f) Urne unter Rasen in einer Gemeinschaftsreihengrabanlage	(§ 18),
g) Urne in einem Kolumbarium	(§ 19).

2) $_1$Die Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. $_2$An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Ordnung in der jeweils geltenden Fassung verliehen. $_3$Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen. $_4$Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

(3) $_1$Rechte an Reihengrabstätten werden nur im Todesfall vergeben. $_2$Ein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht. Der Kirchenvorstand kann Ausnahmen zulassen.

(4) $_1$In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche bestattet werden. $_2$Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig – bei oder kurz nach der Geburt – verstorbenes Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle bestattet werden.

(5) In einer bereits belegten traditionellen Wahlgrabstelle und in einer Wahlgrabstelle in der Gemeinschaftsgrabanlage darf jeweils zusätzlich eine Asche bestattet werden, wenn die bereits bestattete Person der Ehegatte oder die Ehegattin oder der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft oder ein naher Verwandter war.

(6) [1]Bei neu anzulegenden Grabstätten sollen die Grabstellen etwa folgende Größe haben:

a) für Särge: Länge: 2,20 m Breite: 1,10 m,
b) für Urnen: Länge: 2,20 m Breite: 1,10 m,
c) für Urnen in der kleinen Familiengrabstätte im Gemeinschaftsfeld: Länge: 1,00 m Breite: 1,00 m.

[2]Für die bisherigen Grabstätten gelten die übernommenen Maße. [3]Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

(7) [1]Die Mindesttiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m. [2]Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

(8) Ein Grab darf nur von Personen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür von der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind.

(9) [1]Die nutzungsberechtigte Person muss Grabzubehör (Grabmal, Einfassung, Lampen, Vasen, Großgehölze usw.), soweit erforderlich, vor der Bestattung auf ihre Kosten entfernen. [2]Über das Erfordernis entscheidet die Friedhofsverwaltung.

(10) [1]Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung aus Absatz 9 nicht nach und muss beim Ausheben des Grabes das Grabzubehör von dem Friedhofsträger entfernt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten von der nutzungsberechtigten Person dem Friedhofsträger zu erstatten. [2]Ein Anspruch auf Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

§ 12
Traditionelle Wahlgrabstätte

1) [1]Traditionelle Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen und Bestattungen von Aschen, die mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben werden. [2]Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre, vom Tage der Verleihung angerechnet. [3]Über das Nutzungsrecht wird eine Urkunde ausgestellt.

(2) [1]Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte traditionelle Wahlgrabstätte um mindestens fünf Jahre verlängert werden. [2]Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. [3]Bei einer Bestattung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte traditionelle Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. [4]Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.

(3) In einer traditionellen Wahlgrabstätte dürfen die nutzungsberechtigte Person und folgende Angehörige bestattet werden:

a) Ehegatte oder Ehegattin
b) Lebenspartner oder Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
c) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten,
d) Enkelkinder in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
e) Eltern,
f) Geschwister,
g) Stiefgeschwister,
h) die nicht unter Buchstaben a) bis g) fallenden Erben.

[1]Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person, wer von den bestattungsberechtigten Personen bestattet wird. [2]Kann nach dem Tode einer bestattungsberechtigten Person die Entscheidung der nutzungsberechtigten Person der Friedhofsverwaltung nicht rechtzeitig vor der Bestattung mitgeteilt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung zuzulassen. [3]Die Bestattung anderer, auch nichtverwandter Personen bedarf eines Antrags der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

(4) Die nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 Buchstaben a) bis h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirksamkeit der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der neuen nutzungsberechtigten Person sowie die schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.

(5) [1]Die nutzungsberechtigte Person soll der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welchen ihrer bestattungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. [2]Eine schriftliche Einverständniserklärung der Rechtsnachfolgerin oder des Rechtsnachfolgers ist beizubringen. [3]Hat die nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 bestattungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. [4]Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen jeweils ältesten Person zu. Der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen nachzuweisen, dass er neuer Nutzungsberechtigter oder sie neue Nutzungsberechtigte ist. [5]Ist der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er oder sie das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund ihres oder seines Nutzungsrechtes bestattungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. [6]Für die Übertragung gilt Absatz 4.

(6) Der Beisetzungsschmuck muss spätestens vier Wochen nach der Beisetzung durch die Nutzungsberechtigten entfernt werden.

§ 13
Wahlgrabstelle in einer Gemeinschaftsgrabanlage

(1) [1]Wahlgrabstellen in der Gemeinschaftsgrabanlage werden für eine Erdbestattung oder zur Bestattung einer Asche für die Dauer von 30 Jahren vergeben. [2]Das Nutzungsrecht kann danach verlängert werden.

(2) [1]Das Anbringen eines gravierten Kissensteins obliegt der nutzungsberechtigten Person. [2]Die liegende Grabsteine dürfen die Höchstmaße von 65 × 40 × 15 cm (L × B × H) nicht überschreiten.

(3) [1]Die Pflege der Grabstätten erfolgt durch den Friedhofsträger für die gesamte Ruhezeit. [2]Eigene Blumen und Pflanzen dürfen nicht angepflanzt werden. [3]Das Aufstellen von Pflanzschalen, Figuren und Kerzen ist gestattet. [4]Der Grabschmuck kann bei Bedarf von der Friedhofsverwaltung entsorgt werden.

(4) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Wahlgrabstätten in der Gemeinschaftsgrabanlage auch die Vorschriften für traditionelle Wahlgrabstätten.

§ 14
Reihengrabstelle in einer Gemeinschaftsgrabanlage

(1) [1]Reihengrabstellen in einer Gemeinschaftsgrabanlage werden für eine Erdbestattung oder eine Bestattung einer Asche für die Dauer von 30 Jahren der Reihe nachvergeben. [2]Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.

(2) Auf einer Stele wird durch den Friedhofsträger eine Plakette mit dem Vor- und dem Nachnamen der verstorbenen Person sowie deren Geburts- und Sterbejahr angebracht.

(3) [1]Die Pflege der Grabstätten erfolgt durch den Friedhofsträger für die gesamte Ruhezeit. [2]Eigene Blumen und Pflanzen dürfen nicht angepflanzt werden. [3]Das Aufstellen von Pflanzschalen, Figuren und Kerzen ist gestattet. [4]Der Grabschmuck kann bei Bedarf von der Friedhofsverwaltung entsorgt werden.

(4) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen davon wird sechs Monate vor Ablaufen der Ruhezeit durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.

§ 15
Urne in einer Gemeinschaftswahlgrabanlage

(1) [1]Grabstellen in einer Urnen Gemeinschaftswahlgrabanlage werden zur Bestattung von bis zur zwei Urnen für die Dauer von 30 Jahren vergeben. [2]Mit dem Erwerb erhält die nutzungsberechtigte Person Verlängerungsrecht.

2) Der Friedhofsträger ist für das Anbringen eines Kissensteins zuständig, der mit einer Plakette versehen ist, auf der Vor- und Nachname der verstorbenen Person sowie deren Geburts- und Sterbedatum versehen sind.

(3) [1]Die Pflege der Grabstätten erfolgt durch den Friedhofsträger für die gesamte Ruhezeit. [2]Eigene Blumen und Pflanzen dürfen auf der Urnengrabanlage nicht angepflanzt werden. [3]Das Aufstellen von Pflanzschalen, Figuren und Kerzen ist gestattet. [4]Der Grabschmuck kann bei Bedarf von der Friedhofsverwaltung entsorgt werden.

§ 16

Kleine Familienwahlgrabstätte für vier Urnen

(1) [1]Kleine Familiengrabstätten für vier Urnen sind Grabstätten für Bestattungen von Aschen, die mit vier Grabstellen vergeben werden. [2]Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre, vom Tage der Verleihung angerechnet.

(2) Sofern diese Ordnung nichts anderes bestimmt gilt § 12 Abs. 2 - 6 entsprechend.

§ 17
Sarg unter Rasen in einer Gemeinschaftsreihengrabanlage

(1) [1]In diesen Anlagen befinden sich Grabstätten, die im Todesfall der Reihe nach einzeln für die Dauer der Ruhezeit von 30 Jahren vergeben werden. [2]Durch die Beisetzung erwirbt die rechnungsberechtigte Person weder ein Nutzungsrecht noch ein Verlängerungsrecht oder ein Beisetzungsrecht auf der betreffenden Grabstelle.

(2) Auf einer Stele wird durch den Friedhofsträger eine Plakette mit dem Vor- und dem Nachnamen der verstorbenen Person sowie deren Geburts- und Sterbejahr angebracht.

(3) Die Pflege der Grabstätten erfolgt durch den Friedhofsträger für die gesamte Ruhezeit.

(4) Kränze können ausschließlich in Verbindung mit der Trauerfeier abgelegt werden.

(5) [1]Um die Pflege der Rasenfläche nicht zu behindern, ist das Ablegen von Blumen, Kerzen, Figuren oder Gestecken auf der Rasenfläche nicht gestattet. [2]Diese dürfen ausschließlich auf dem hierfür gesondert ausgewiesenen Platz abgelegt werden. [3]Der Grabschmuck kann bei Bedarf von der Friedhofsverwaltung entsorgt werden.

§ 18
Urne unter Rasen in einer Gemeinschaftsreihengrabanlage

(1) [1]In diesen Anlagen befinden sich Grabstellen, die im Todesfall der Reihe nach einzeln für die Dauer der Ruhezeit von 30 Jahren vergeben werden. [2]Es werden mehrere Urnen auf einem Quadratmeter beigesetzt. [3]Durch die Beisetzung erwirbt die rechnungsberechtigte Person weder ein Nutzungsrecht noch ein Verlängerungsrecht oder ein Beisetzungsrecht auf der betreffenden Grabstelle.

(2) Auf einem Grabmal wird durch den Friedhofsträger eine Plakette mit dem Vor- und dem Nachnamen der verstorbenen Person sowie deren Geburts- und Sterbejahr angebracht.

(3) Die Pflege der Grabstätten erfolgt durch den Friedhofsträger für die gesamte Ruhezeit.

(4) Kränze können ausschließlich in Verbindung mit der Trauerfeier abgelegt werden.

(5) [1]Um die Pflege der Rasenfläche nicht zu behindern, ist das Ablegen von Blumen, Kerzen, Figuren oder Gestecken auf der Rasenfläche nicht gestattet. [2]Diese dürfen ausschließlich auf dem hierfür gesondert ausgewiesenen Platz abgelegt werden. [3]Der Grabschmuck kann bei Bedarf von der Friedhofsverwaltung entsorgt werden.

§ 19
Urne in einem Kolumbarium (Wahlgrab)

(1) Urnen und Überurnen, die zur Bestattung im Kolumbarium bestimmt sind, müssen wasserdicht und so beschaffen sein, dass eine Zersetzung nicht vor Ablauf der Nutzungsdauer eintritt.

(2) Die beizusetzenden Urnen einschließlich Überurnen dürfen in Urnenkammern höchstens 30 cm hoch und im Durchmesser 30 cm breit sein.

(3) Urnenkammern werden für die Beisetzung von bis zu zwei Urnen vergeben.

(4) In einer Urnenkammer dürfen die nutzungsberechtigte Person, eine Angehörige oder ein Angehöriger gem. § 12 Abs. 3 bestattet werden.

(5) [1]Bei einer Bestattung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Urnenkammer bis zum Ablauf der Ruhezeit. [2]Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.

(6) Für die Ablage von Grabschmuck ist eine Gemeinschaftsablagefläche vorhanden. Der Grabschmuck kann bei Bedarf von der Friedhofsverwaltung entsorgt werden.

(7) [1]Nach Ablauf des Nutzungsrechtes veranlasst die Friedhofsverwaltung die Räumung der Kammer. [2]Die Asche wird durch die Friedhofsverwaltung auf dem Friedhof der St. Martini-Kirchengemeinde Estebrügge in einer gemeinschaftlichen Ruhestätte beigesetzt.

§ 20
Rückgabe von Wahlgrabstätten

(1) [1]Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, zurückgegeben werden. [2]Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte zulässig. [3]Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(2) Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung.

(3) [1]Die Friedhofsverwaltung kann mit den Nutzungsberechtigten übergroßer Wahlgrabstätten (Wahlgrabstätten mit mehr als 4 Grabstellen) besondere schriftliche Vereinbarungen über die künftige Nutzung abschließen. [2]Ein Anspruch auf Abschluss von derartigen Vereinbarungen besteht nicht.

§ 21
Bestattungsverzeichnis

Die Friedhofsverwaltung führt über die Bestattungen ein Verzeichnis, aus dem sich nachvollziehen lässt, wer an welcher Stelle bestattet ist und wann die Ruhezeit abläuft.

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

§ 22
Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 23
Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

(1) $_1$Grabmale und andere Anlagen dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesuchende in ihrer Andacht stören können. $_2$Die Gestaltung darf sich ferner nicht gegen den christlichen Glauben richten. $_3$Im Übrigen gilt § 22 entsprechend. $_4$Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.

(2) Es sollen nur Grabmale einschließlich anderer Anlagen errichtet werden, die nachweislich in der Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des „Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit" hergestellt sind.

(3) Grabmale und andere Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Hierfür sind die nutzungsberechtigten Personen verantwortlich.

(4) $_1$Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung verantwortlichen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. $_2$Bei Gefahr im Verzuge kann der Friedhofsträger auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen Sicherungsmaßnahmen treffen (z.B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). $_3$Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen zu entfernen. $_4$Sind nutzungsberechtigte Personen nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderungen eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf den Grabstätten, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

§ 24
Allgemeines

(1) $_1$Die Grabstätten müssen binnen sechs Monaten nach der Belegung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts angelegt sein. $_2$Sie dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche Anlagen für die gesamte Dauer des Nutzungsrechtes nicht beeinträchtigt werden. $_3$Bepflanzungen sollten ab einer Höhe von 2,50 m gestutzt werden. $_4$**Auf einer Grabstelle dürfen maximal 25 % der Fläche mit Steinen (Kies, Splitt) bedeckt werden.** $_5$Für bereits bestehende Grabstellen mit einem höheren Steinanteil gilt Bestandsschutz.

(2) $_1$Zur gärtnerischen Anlage und Pflege sind die jeweiligen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet. $_2$Die Verpflichtung zur Pflege besteht bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes.

(3) [1]Die Friedhofsverwaltung ist befugt, stark wuchernde, absterbende oder Bestattungen behindernde Hecken und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen. [2]Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.

(4) Die Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein der Friedhofsverwaltung.

(5) Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, zur Verhütung von Schäden, die durch fremde Personen und Tiere hervorgerufen werden, Vorkehrungen zu treffen.

§ 25
Grabpflege, Grabschmuck

(1) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln zur Grabpflege und Reinigung von Grabmalen und anderen Anlagen ist nicht gestattet.

(2) [1]Kunststoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. [2]Ausgenommen sind Grabvasen und Markierungszeichen.

(3) Die Verwendung von Blechdosen, Gläsern, Flaschen o. ä. für die Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet.

§ 26
Vernachlässigung

(1) [1]Wird eine Grabstätte nicht vorschriftsmäßig hergerichtet oder gepflegt, hat die nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. [2]Kommt sie der Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen oder bringen lassen. [3]Ist die nutzungsberechtigte Person der Verpflichtung aus Satz 1 nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie die nutzungsberechtigte Person schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. [4]In dem Entziehungsbescheid wird die nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die anderen Anlagen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Bescheides zu entfernen.

(2) [1]Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. [2]Außerdem wird die unbekannte nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. [3]Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung

a) die Grabstätte abräumen, einebnen, einsäen oder mit Mulch bedecken und
b) Grabmale und andere Anlagen beseitigen lassen.

(3) [1]Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. [2]Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck auf Kosten der nutzungsberechtigten Person entfernen oder entfernen lassen.

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 27
Errichtung und Änderung von Grabmalen

(1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmalen und anderen Anlagen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofsordnung und den Vorgaben des technischen Regelwerks entspricht.

(2) $_1$Der Anzeige ist der Grabmalentwurf in einem geeigneten Maßstab beizufügen. $_2$In den Anzeigeunterlagen sollen alle wesentlichen Teile erkennbar, die Darstellung der Befestigungsmittel mit Bemaßung und Materialangaben sowie die Gründungstechnik mit Maßangaben und Materialbenennung in den Anzeigeunterlagen eingetragen sein.

(3) $_1$Mit dem Vorhaben darf drei Monate nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofsordnung oder das technische Regelwerk geltend gemacht werden. $_2$Vor Ablauf von drei Monaten darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofsordnung und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.

(4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet oder geändert worden ist.

(5) $_1$Die Grabmahle und sonstige bauliche Anlagen müssen verkehrssicher sein. $_2$Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. $_3$Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie e.V. (DENAK)“. $_4$Die TA Grabmal gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung, Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.

(6) $_1$Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale haben Steinmetzbetriebe oder sonstige Dienstleistungserbringende (mit gleichwertiger Qualifikation in Befestigungstechnik, Planung, Berechnung und Ausführung von Gründungen) eine Abnahmeprüfung nach Abschnitt 4 der TA Grabmal vorzunehmen. $_2$Die gleichwertige Qualifikation i.S.v. Satz 1 ist zweifelsfrei nachzuweisen. $_3$Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren.

(7) Die nutzungsberechtigte Person oder eine von ihr bevollmächtigte Person hat der Friedhofsverwaltung spätestens sechs Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage die Dokumentation der Abnahmeprüfung und die Abnahmebescheinigung entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal vorzulegen.

(8) $_1$Fachlich geeignet i.S.v. § 6 Absatz 2 sind Dienstleistungserbringende, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. $_2$Die Dienstleistungserbringende müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. $_3$Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.

(9) $_1$Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderen Anlagen nicht den Anzeigeunterlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderen Anlagen. $_2$Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten der nutzungsberechtigten Person veranlassen. $_3$Bei nicht ordnungsgemäßer Gründung und Befestigung des Grabmals und anderer Anlagen gilt § 23 Absatz 4.

§ 28
Mausoleen und gemauerte Grüfte

(1) [1]Soweit auf den Friedhöfen Mausoleen oder gemauerte Grüfte bestehen, können sie im Rahmen der bestehenden Nutzungsrechte genutzt werden. Neubauten sind nicht möglich. [2]Im Übrigen gelten § 23 Absätze 3 und 4 entsprechend.

(2) [1]Die Verleihung neuer Nutzungsrechte an vorhandenen Mausoleen oder gemauerten Grüften ist nur möglich, wenn sich die nutzungsberechtigten Personen in schriftlichen Verträgen gegenüber der Friedhofsverwaltung verpflichten, alle mit der Instandsetzung und Unterhaltung der Mausoleen und Grüfte verbundenen Kosten und die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. [2]Nach Beendigung des Nutzungsrechts sind die Mausoleen oder gemauerten Grüfte von den nutzungsberechtigten Personen vollständig zu entfernen.

§ 29
Entfernung

(1) Grabmale und andere Anlagen dürfen vor Ablauf des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.

(2) [1]Nach Ablauf des Nutzungsrechtes ist die nutzungsberechtigte Person verpflichtet, innerhalb von drei Monaten alle auf der Grabstelle befindlichen Grabmale, sonstigen Anlagen und Bepflanzungen einschließlich der Grabeinfassungen und Fundamente auf eigene Kosten zu entfernen, sofern die Friedhofsordnung oder die Friedhofsgebührenordnung nichts anderes vorsieht. [2]Unberührt davon bleibt § 30. [3]Unterlässt die nutzungsberechtigte Person trotz Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung die Räumung einer Grabstelle, so kann die Friedhofsverwaltung die Räumung der Grabstelle auf Kosten der nutzungsberechtigten Person veranlassen.

(3) [1]Die Friedhofsverwaltung hat keinen Ersatz für Grabmale und sonstige Anlagen zu leisten. [2]Sie ist auch zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale und sonstiger Anlagen nicht verpflichtet.

§ 30
Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale werden nach Möglichkeit von der Friedhofsverwaltung erhalten.

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

§ 31
Leichenhalle

(1) Die Leichenhalle dient zur Aufnahme von Leichen bis zur Bestattung.

(2) [1]Auf Wunsch der Angehörigen kann ein Sarg, sofern keine Bedenken bestehen, in der Leichenhalle von einem Beauftragten der Friedhofsverwaltung geöffnet werden. [2]Särge sollen spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier geschlossen werden.

(3) [1]Ein Sarg, in dem eine verstorbene Person liegt, die im Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei der der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat, wird nach Möglichkeit in einem besonderen Raum aufgestellt. [2]Der Sarg darf nur mit schriftlicher Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde geöffnet werden.

§ 32
Benutzung der Friedhofskapelle und der Kirche

(1) Für die Trauerfeier steht die Friedhofskapelle zur Verfügung.

(2) Für verstorbene Mitglieder der Kirchengemeinde und für verstorbene Personen, die zum Zeitpunkt ihres Todes Mitglieder einer der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland e.V. angehörenden Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften waren, steht für die Trauerfeier auch die Kirche zur Verfügung.

(3) Die Trauerfeier muss der Würde des Ortes entsprechen.

(4) Die Aufbahrung des Sarges kann versagt werden, wenn die verstorbene Person zum Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei ihr der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

IX. Haftung und Gebühren

§ 33
Haftung

Nutzungsberechtigte Personen haften für alle Schäden, die durch von ihnen oder in ihrem Auftrag errichtete Grabmale, und andere Anlagen entstehen.

§ 34
Gebühren

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung zu entrichten.

X. Schlussvorschriften

§ 35
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Ordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung in der Fassung vom 29.11.2015 außer Kraft.

Jork-Estebrügge, _____

Der Kirchenvorstand:

Vorsitzender Kirchenvorsteher/Kirchenvorsteherin

Die vorstehende Friedhofsordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, Absätze 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Der Kirchenkreisvorstand:

Vorsitzender: Kirchenkreisvorsteher/Kirchenkreisvorsteherin